

## Verdienstentwicklung von Mitte 1976 bis Mitte 1977

Auch die Lohn tariffverhandlungen für das kommende Jahr 1978 müssen vor dem Hintergrund immer noch recht hoher Arbeitslosenzahlen geführt werden. Die Bereitstellung der hierzu notwendigen fundierten Daten aus dem Bereich der Statistiken des Produzierenden Gewerbes ist insofern erschwert, als sich diese Statistiken mitten in einer tiefgreifenden Reform befinden und sich die Ergebnisse für Juli 1977 nach neuer Methode nicht mehr mit denen für Juli 1976 nach alter Methode vergleichen lassen. So werden ab 1977 beispielsweise nur noch die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr (seither Betriebe mit 10 und mehr) Beschäftigten einbezogen, wobei auch die sogenannten sonstigen Betriebsteile (wie Handel, Bau) mit erfaßt werden. Die amtliche Statistik suchte die Vergleichbarkeit der Ergebnisse herzustellen durch Doppel- und Sonderaufbereitung, was hinsichtlich der Beschäftigtenzahlen für die fachlichen Betriebsteile voll und hinsichtlich der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssummen mit guter Näherung gelang. Hier sind in den Ergebnissen vom Juli 1977 rund 14 000 Beschäftigte der sonstigen Betriebsteile mit ihren Lohnsummen enthalten, also etwa 1% der Gesamtbeschäftigtenzahl. Ein nicht zu vernachlässigender Fehler könnte sich nur einstellen, wenn die durchschnittliche Lohnsumme der Beschäftigten in den sonstigen Betriebsteilen stark unterschiedlich von der durchschnittlichen Lohnsumme der Beschäftigten in den bisher schon einbezogenen Betriebsteilen wäre, eine Annahme, die sehr unrealistisch sein dürfte.

### Zahl der Angestellten weiterhin rückläufig

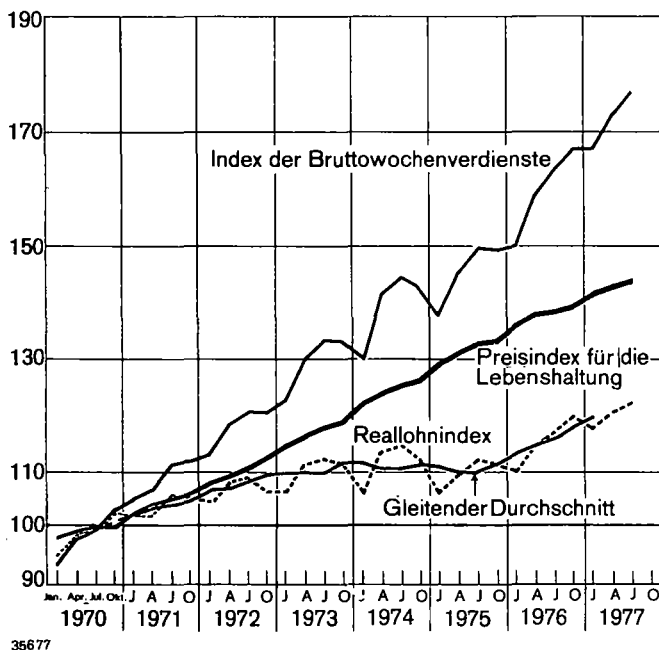
Nach den so ermittelten Vergleichswerten hat zwar die Zahl der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe Baden-Württembergs von Juli 1976 bis Juli 1977 geringfügig um 0,2% zugenommen,

Tabelle 1  
Jährliche Veränderungsrate der wichtigsten  
Lohn- und Gehaltsindizes (1970 = 100)

Jahres- mitte <sup>1)</sup>	Jahresveränderung des Index der durchschnittlichen Brutto-			
	Stunden-	Wochen-	Real-	Monats-
	Verdienste			
	der Industriearbeiter (einschließlich Baugewerbe)			der kaufm. und techn. Angestellten in Industrie und Handel
	%			
1951 .....	+ 19,2	+ 19,8	+ 10,1	.
1952 .....	+ 4,9	+ 5,0	+ 4,7	.
1953 .....	+ 3,5	+ 4,8	+ 6,1	.
1954 .....	+ 3,4	+ 4,6	+ 4,3	.
1955 .....	+ 5,2	+ 4,4	+ 3,4	.
1956 .....	+ 9,1	+ 7,7	+ 4,0	.
1957 .....	+ 8,7	+ 5,5	+ 2,5	.
1958 .....	+ 7,4	+ 6,4	+ 5,8	+ 6,9
1959 .....	+ 5,6	+ 5,7	+ 3,2	+ 4,6
1960 .....	+ 11,4	+ 10,2	+ 9,6	+ 8,4
1961 .....	+ 10,2	+ 9,9	+ 6,8	+ 9,4
1962 .....	+ 11,1	+ 8,9	+ 6,2	+ 7,4
1963 .....	+ 8,0	+ 8,4	+ 5,9	+ 6,4
1964 .....	+ 7,8	+ 7,6	+ 3,7	+ 5,4
1965 .....	+ 10,8	+ 12,2	+ 7,2	+ 8,5
1966 .....	+ 7,2	+ 6,1	+ 4,5	+ 7,9
1967 .....	+ 3,0	- 1,1	- 2,8	+ 3,6
1968 .....	+ 5,3	+ 7,9	+ 7,6	+ 5,1
1969 .....	+ 8,4	+ 10,4	+ 7,7	+ 7,6
1970 .....	+ 14,5	+ 13,4	+ 9,9	+ 11,6
1971 .....	+ 12,9	+ 11,5	+ 6,0	+ 11,3
1972 .....	+ 8,7	+ 8,4	+ 3,1	+ 9,2
1973 .....	+ 11,3	+ 10,4	+ 3,4	+ 10,5
1974 .....	+ 11,3	+ 8,3	+ 2,0	+ 10,7
1975 .....	+ 7,1	+ 3,7	- 2,1	+ 7,2
1976 .....	+ 6,3	+ 9,2	+ 4,7	+ 6,5
1977 .....	+ 8,0	+ 8,4	+ 4,2	+ 7,0

<sup>1)</sup> 1950 und 1951 = Juni, 1952 bis 1963 = August, ab 1964 = Juli.

## Entwicklung der Reallöhne seit Januar 1970 1970 = 100



35677

die Zahl der Angestellten ist aber nochmals merklich um 2,4% zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum verbesserte sich die Bruttolohnsumme je Arbeiter um 4,9% und die Bruttogehaltssumme je Angestellten um 5,5%. Diese lohnstatistischen Ergebnisse des monatlichen Industrieberichts lassen allerdings nicht das volle Ausmaß der Lohn- und Gehaltssteigerungen erkennen, über die die vierteljährliche Verdiensterhebung in Industrie und Handel präziser und mit der Möglichkeit differenzierender Aufgliederungen informiert. Der Grund liegt in unterschiedlichen Begriffsbestimmungen und Methoden.

### Lohnindizes auf neuer Basis

Für den langfristigen Vergleich eignen sich am besten die Lohnindizes, bei denen der anlässlich eines Berichtsstellenwechsels auftretende Knick ausgeschaltet werden kann. Sie werden mit Hilfe der Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung unter Zugrundelegung gleichbleibender Beschäftigtenstrukturen errechnet. Da dem bisherigen Berechnungsschema praktisch immer noch die Beschäftigtenzahlen der Gehalts- und Lohnstrukturhebung von 1951 zugrunde lagen, wurde es als notwendig erachtet, beim Übergang auf das Basisjahr 1970 auch neuere Strukturdaten zu verwenden. Hierfür boten sich die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturhebung von 1972 an. Daß damit die Strukturdaten nicht exakt dem Originalbasisjahr entstammen, kann deshalb leicht in Kauf genommen werden, weil sich diese Strukturdaten nur in längeren Zeiträumen grundlegend ändern. Dies zeigte sich auch an den Ergebnissen der Indexberechnung auf neuer Basis im Vergleich mit der seitherigen Berechnung. Die bisher ab 1970 veröffentlichten Veränderungsrate der einzelnen Lohnindizes mußten nur wenig geändert werden (Tabelle 1). Ein erwähnenswerter Vorteil für den manuellen Bearbeitungsbereich der Lohnstatistiken ergab sich dadurch, daß mit dem Übergang auf das Basisjahr 1970 ein Maschinenprogramm für die Berechnung der Lohnindizes erstellt werden konnte.

**Tabelle 2**  
**Durchschnittlich bezahlte Stunden- und Bruttoverdienste der Arbeiter**  
**nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereich	Bezahlte Stunden je Woche				Bruttostundenverdienst				Bruttowochenverdienst			
	Juli		Zunahme		Juli		Zunahme		Juli		Zunahme	
			Juli 1976	Juli 1977			Juli 1976	Juli 1977			Juli 1976	Juli 1977
			gegen				gegen				gegen	
	1976	1977	Juli 1975	Juli 1976	1976	1977	Juli 1975	Juli 1976	1976	1977	Juli 1975	Juli 1976
	Std.		%		DM		%		DM		%	
Männliche Arbeiter												
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) . . . . .	42,2	42,4	2,4	0,4	11,23	12,14	6,6	8,1	474	514	9,2	8,6
Industrie (ohne Baugewerbe) . . . . .	42,1	42,2	2,7	0,3	11,36	12,32	6,3	8,4	479	520	9,4	8,7
Energiewirtschaft und Wasserversorgung . . . . .	40,9	42,1	2,0	2,9	13,01	14,15	6,6	8,7	532	595	8,8	11,9
Bergbau . . . . .	41,4	43,3	11,3	4,5	10,50	11,73	5,0	11,7	435	507	16,9	16,8
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien . . . . .	43,3	44,0	4,1	1,5	11,00	11,90	7,2	8,2	477	523	11,7	9,8
Investitionsgüterindustrien . . . . .	41,5	41,5	2,5	- 0,1	11,70	12,71	5,9	8,6	486	527	8,5	8,5
Verbrauchsgüterindustrien . . . . .	42,8	43,0	2,6	0,4	10,49	11,33	6,8	8,0	449	487	9,5	8,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrien . . . . .	45,2	44,7	3,7	- 1,0	10,65	11,33	7,8	6,4	481	507	11,6	5,4
Hoch- und Tiefbau . . . . .	42,5	43,2	1,2	1,5	10,44	11,03	7,6	5,7	444	476	8,8	7,3
Weibliche Arbeiter												
Industrie (ohne Baugewerbe) . . . . .	39,8	40,0	3,2	0,4	8,42	9,12	6,2	8,2	336	365	9,8	8,6
Energiewirtschaft und Wasserversorgung . . . . .	40,1	41,2	2,2	2,7	9,59	10,32	8,9	7,7	384	425	11,3	10,5
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien . . . . .	40,1	40,4	3,5	0,7	8,65	9,36	6,9	8,2	347	378	10,5	8,9
Investitionsgüterindustrien . . . . .	39,7	39,8	3,8	0,4	8,91	9,64	5,6	8,3	353	384	9,3	8,7
Verbrauchsgüterindustrien . . . . .	39,9	40,0	2,7	0,4	7,90	8,55	6,5	8,2	315	342	9,4	8,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrien . . . . .	41,1	41,0	2,5	- 0,3	7,59	8,09	8,0	6,6	312	332	10,6	6,3

### Realer Bruttolohnzuwachs 4,2%

Die Veränderungsraten der Lohnindizes sind in *Tabelle 1* in langfristiger Übersicht zusammengestellt. Demnach ist der Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller Industriearbeiter einschließlich Hoch- und Tiefbau von Juli 1976 bis Juli 1977 um 8% und der Bruttowochenverdienste um 8,4% gestiegen. Der Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel ging in der gleichen Zeit um 7% in die Höhe. Deflationiert man den Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen, der von Juli 1976 bis Juli 1977 um 4% gestiegen ist, so ergibt sich ein Maß dafür, wie sich die reale Kaufkraft der Bruttoverdienste der Arbeiter geändert hat. Dieser sogenannte Reallohnindex, dessen Veränderungsraten ebenfalls in *Tabelle 1* aufgenommen sind und dessen Entwicklung im *Schaubild* dargestellt ist, hat sich im Berichtszeitraum um 4,2% erhöht. Dieser Anstieg ist flacher als im Vorjahr, wo der entsprechende Wert 4,7% betragen hatte. Damals waren die Stundenlöhne zwar nur um 6,3% gestiegen, wegen der um eine volle Stunde verlängerten Wochenarbeitszeit (Berichtsjahr + 0,2 Stunden) hatte sich aber eine Steigerung der Wochenlöhne um 9,2% ergeben.

### Durchschnittlicher Stundenverdienst erstmals über 12 DM

Einschließlich Hoch- und Tiefbau wurde in der baden-württembergischen Industrie im Juli 1977 ein durchschnittlicher Bruttostundenverdienst von 12,14 DM für alle männlichen Arbeiter nachgewiesen. Ohne Baugewerbe betrug dieser Wert 12,32 DM. Zu diesem Ergebnis trugen hauptsächlich die Arbeiter der Energiewirtschaft und Wasserversorgung bei, die im Durchschnitt auf einen Stundenlohn von 14,15 DM (+ 8,7% in Jahresfrist) kamen. In diesem Wirtschaftsbereich besteht allerdings die Besonderheit, daß über 90% aller Arbeiter der Leistungsgruppe 1 (Facharbeiter) zugehören, während dieser Anteil in der Gesamtindustrie nur knapp über 50% beträgt. Die männlichen Arbeiter der Investitionsgüterindustrien, die über die Hälfte aller Männer in der Gesamtindustrie stellen, kamen auf einen durchschnittlichen Stundenlohn von 12,71 DM (+ 8,6%), während diejenigen der Grundstoff- und Produktionsgüter-

industrien knapp unter der 12-DM-Grenze blieben. Die durchschnittlichen Stundenverdienste der Arbeiterinnen streuten zwischen 10,32 DM bei der Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie 8,09 DM bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Die Aufgliederung der Stundenverdienste nach Leistungsgruppen (*Tabelle 3*) zeigt, daß die qualifizierten Arbeiter in der Industrie (ohne Baugewerbe) in Jahresfrist die höchsten Zuwachsraten bei den Stundenlöhnen zu verzeichnen hatten. Die Männer dieser Arbeitergruppe kamen im Juli 1977 auf 13,15 DM (+ 8,5%) und die Frauen auf 10,30 DM (+ 9,6%) je Stunde. Die Arbeiter im immer noch von der Konjunktur nicht begünstigten Hoch- und Tiefbau mußten sich mit einem Stundenlohn zufrieden geben, der Kollegen in der Industrie gezahlt wurde, deren Qualifikation um eine Stufe niedriger lag. Die bezahlte Arbeitszeit als Maßstab für die Beschäftigungslage hat sich in der Gesamtindustrie gegenüber dem Vorjahr nur um 0,2 Stunden je Woche verlängert, wobei allerdings

**Tabelle 3**  
**Durchschnittliche Bruttostundenverdienste**  
**nach Leistungsgruppen<sup>1)</sup>**

Geschlecht Leistungsgruppe	Juli		Zunahme	
			Juli 1976   Juli 1977	
			gegen	
	1976	1977	Juli 1975	Juli 1976
	DM		%	
<b>Industrie (ohne Baugewerbe)</b>				
Männlich 1 .....	12,12	13,15	6,3	8,5
Männlich 2 .....	10,75	11,63	6,1	8,2
Männlich 3 .....	9,87	10,69	6,1	8,4
Weiblich 1 .....	9,40	10,30	6,7	9,6
Weiblich 2 .....	8,53	9,25	6,1	8,4
Weiblich 3 .....	8,30	8,97	6,3	8,1
<b>Hoch- und Tiefbau</b>				
Männlich 1 .....	11,14	11,73	8,3	5,3
Männlich 2 .....	10,05	10,68	7,3	6,3
Männlich 3 .....	9,23	9,80	8,7	6,1

<sup>1)</sup> Die Leistungsgruppe 1 entspricht etwa den Facharbeitern, die Gruppe 2 den angelernten Arbeitern und die Gruppe 3 den Hilfsarbeitern.

Tabelle 4  
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Männliche kaufmännische Angestellte				Weibliche kaufmännische Angestellte				Männliche technische Angestellte			
	Juli		Zunahme		Juli		Zunahme		Juli		Zunahme	
			Juli 1976	Juli 1977			Juli 1976	Juli 1977			Juli 1976	Juli 1977
			gegen				gegen				gegen	
			Juli 1975	Juli 1976			Juli 1975	Juli 1976			Juli 1975	Juli 1976
	1976	1977			1976	1977			1976	1977		
	DM		%		DM		%		DM		%	
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) . . . . .	2 783	2 972	8,3	6,8	1 876	2 023	7,4	7,8	2 947	3 153	7,4	7,0
Industrie (ohne Baugewerbe) . . . . .	2 783	2 974	8,4	6,9	1 878	2 029	7,4	8,0	2 938	3 148	7,5	7,1
Energiewirtschaft und Wasserversorgung . . . . .	2 562	2 721	4,8	6,2	2 024	2 169	5,9	7,1	2 987	3 162	5,5	5,8
Bergbau . . . . .	2 606	2 825	11,8	8,4	1 916	2 088	18,6	9,0	2 789	3 120	10,8	11,9
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien . . . . .	2 846	3 056	7,5	7,4	1 916	2 063	8,1	7,7	2 963	3 151	7,9	6,3
Investitionsgüterindustrien . . . . .	2 874	3 074	9,7	7,0	1 941	2 101	7,7	8,2	2 982	3 203	7,7	7,4
Verbrauchsgüterindustrien . . . . .	2 619	2 807	6,5	7,2	1 688	1 823	6,8	8,0	2 685	2 872	6,9	7,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrien . . . . .	2 622	2 730	7,6	4,1	1 787	1 904	6,2	6,5	2 811	2 928	7,9	4,2
Hoch- und Tiefbau . . . . .	2 766	2 920	6,1	5,6	1 824	1 863	6,9	2,2	3 086	3 239	5,4	5,0
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgew. . . . .	2 358	2 531	6,2	7,3	1 619	1 761	6,5	8,7	.	.	.	.
Großhandel . . . . .	2 457	2 640	6,8	7,4	1 639	1 757	5,8	7,2	.	.	.	.
Einzelhandel . . . . .	2 147	2 323	5,5	8,2	1 412	1 537	6,1	8,8	.	.	.	.
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute . . . . .	2 359	2 507	6,4	6,3	1 810	1 950	7,2	7,7	.	.	.	.
Versicherungsgewerbe . . . . .	2 495	2 677	6,4	7,3	1 898	2 073	6,9	9,2	.	.	.	.

einzelne Wirtschaftszweige unterschiedliche Entwicklungen aufwiesen. So verlängerte sich die bezahlte Wochenarbeitszeit in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung für die männlichen Arbeiter in Jahresfrist um 1,2 Stunden, und sie verkürzte sich im Durchschnitt der Nahrungs- und Genussmittelindustrien um 0,5 Stunden. Entsprechend beeinflusst waren hiervon die Bruttowochenverdienste, die im Durchschnitt der Gesamtindustrie für die Männer auf 514 DM und für die Frauen auf 365 DM (je + 8,6%) anstiegen.

Bei den Angestellten sind die Verdienststeigerungen von Juli 1976 bis Juli 1977 im ganzen etwas niedriger ausgefallen als bei den Arbeitern. So verbesserten sich unter den Männern die in der Industrie tätigen Kaufleute im Durchschnitt auf 2972 DM je Monat (+ 6,8%), die Techniker auf 3153 DM (+ 7%) und die im Dienstleistungsbereich (Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe) tätigen Kaufleute auf 2531 DM (+ 7,3%). Zwar ausgehend von einem niedrigeren Niveau und deshalb auch absolut gesehen kleinere Steigerungsbeträge, relativ aber doch etwas höhere Zuwachsraten ergaben sich bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten. Im industriellen Bereich verbesserten sich deren durchschnittliche Bruttomonatsverdienste auf 2023 DM (+ 7,8%) und im Dienstleistungsbereich auf 1761 DM (+ 8,7%).

An anderer Stelle dieses Heftes werden die Ergebnisse der seit 1971 beim gleichen Berichtskreis durchgeführten, auf das Kalenderjahr bezogenen Jahresverdiensterhebung behandelt. Diese Erhebung schließt neben den bei den vierteljährlichen Erhebungen erfaßten, laufenden Verdiensten auch die einmaligen Zahlungen wie zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgatifikationen und anderes mit ein. Da bis zum Ende der Aufbereitungszeit in den meisten Bereichen gewöhnlich schon wieder neue Tarifabschlüsse wirksam geworden sind, eignen sich die Ergebnisse der Jahresverdiensterhebung weniger für eine aktuelle Berichterstattung.

**Öffentlicher Dienst: Grundvergütungen und Ortszuschläge + 5,3%**

Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind Lohn- und Gehaltserhöhungen zum 1.2.1977 in Kraft getreten und zwar für eine Laufzeit von 13 Monaten. Als Ausgleich für die über ein Jahr hinausgehende Laufzeit erhielt jeder Vollbeschäftigte eine einmalige Zahlung von 100 DM. Der gleiche Personenkreis erhielt erstmalig ein einheitliches Urlaubsgeld in Höhe von

150 DM. Beide Zahlungen haben die Wirkung von sogenannten Sockelbeträgen, die die niedrigen Verdienste prozentual höher steigen lassen als die höheren. Im Vergleich mit der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel haben sie den Charakter von einmaligen Zahlungen, die in den Ergebnissen dieser Erhebung nicht enthalten sind, so daß sie zweckmäßigerweise in *Tabelle 5* außer Ansatz blieben. Außer Ansatz bleiben müssen auch gewisse Verbesserungen in der Dauer des Erholungsurlaubs für die unteren Besoldungs- und Vergütungsgruppen sowie die Anpassung der seit 1974 nicht mehr erhöhten Mehrarbeitsentschädigung. Generell wurden die Grundgehälter (Grundvergütungen) und Ortszuschläge der Beamten und Angestellten sowie die Tabellenlöhne der Arbeiter um 5,3% erhöht, während Stellen- und allgemeine Zulagen auch diesmal unverändert blieben. Die dadurch sich ergebenden effektiven Steigerungsraten sind für einige ausgewählte Beschäftigtengruppen in *Tabelle 5* dargestellt.

**Zuwachs des Volkseinkommens überwiegend durch das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit**

Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen<sup>1</sup> hat sich das Volkseinkommen (Netto-Sozialprodukt zu Faktorkosten) im ersten Halbjahr 1977 im Bundesgebiet gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 6,2% erhöht. An diesem Zuwachs waren die Einkommen aus unselbständiger Arbeit mit einer Steigerungsrate von 7,5%,

<sup>1</sup> Veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“ Heft 9/1977, S. 567 ff.

Tabelle 5  
Monatslöhne und -gehälter im öffentlichen Dienst<sup>1)</sup>

Lohngruppe Gehaltsgruppe	Ab		Zunahme
	1. 2. 1976	1. 2. 1977	%
	DM		
<b>Arbeiter</b>			
Lohngruppe VI, Stufe 1 . . . . .	1 500,25	1 577,64	5,2
<b>Angestellte</b>			
BAT VII, Endstufe . . . . .	1 917,61	2 015,70	5,1
BAT Vb, Endstufe . . . . .	2 482,70	2 608,98	5,1
<b>Beamte</b>			
Sekretär A 6, Endstufe . . . . .	1 869,55	1 965,10	5,1
Amtmann A 11, Endstufe . . . . .	3 018,40	3 173,07	5,1
Oberregierungsrat A 14, Endstufe . . . . .	3 959,26	4 169,10	5,3
Min.-Rat A 16, Endstufe . . . . .	4 977,47	5 241,28	5,3

<sup>1)</sup> Nach ausgewählten Vergütungs- und Besoldungsgruppen für verheiratete Beamtinnen ohne Kinder.

die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit einer solchen von 2,7% beteiligt. Der Anstieg der Bruttolohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Bundesgebiet betrug im gleichen Zeitraum 7,2%, während die von den Privaten Haushalten entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen um 6,3% zunahmen. Die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen gingen um 76,1% zurück.

### Kurze Charakterisierung der augenblicklichen Situation

Nachdem im Vorjahr die Stundenlöhne in der Industrie Baden-Württembergs um durchschnittlich 6,3%, und die Gehälter in

Industrie und Handel um 6,5% gestiegen waren und damit die niedersten Zuwachsraten seit 1968 ausgewiesen wurden, erhöhten sich zwischen Juli 1976 und Juli 1977 die Stundenverdienste um 8% und die Gehälter um 7%. Für diese Entwicklung war sicher mit die zu Beginn des Jahres 1977 vorherrschende, etwas zu optimistische Erwartung in die bevorstehende, allgemeine Wirtschaftsentwicklung maßgebend. Für 1978 empfiehlt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung niedrigere Lohnabschlüsse. Demgegenüber hatte sich der öffentliche Dienst im Berichtsjahr mit einer Verdienstanhebung um knapp über 5% begnügt, nachdem dieser Wert im Vorjahr knapp unter 5% betragen hatte.

Dipl.-Volkswirt Karl Sauter

## Buchbesprechung

**Lutz Wicke, Vermögensverteilung und schleichende Inflation.** Eine Analyse der Begünstigung bzw. Benachteiligung verschiedener sozioökonomischer Gruppen durch Wertveränderungen des bestehenden Vermögens infolge schleichender Inflation in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung Band 99, Verlag Anton Hain, Meisenheim 1975, 275 Seiten, broschiert DM 44,-; ISBN 3-445-01313-6.

Das Hauptanliegen der hier vorgelegten Arbeit von *Lutz Wicke* besteht in der Beantwortung der Frage, ob und inwieweit die seit Jahren auch in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachtende schleichende Inflation die vermögenspolitischen Zielsetzungen der Verringerung der Vermögenskonzentration konterkariert oder begünstigt. Das Problem wird dabei von *Wicke* in drei Lösungsschritten angegangen: Zuerst analysiert er die durch die schleichende Inflation induzierte Wertänderung der einzelnen Vermögensarten in Verbindung mit deren speziellen Ertragskomponenten; im weiteren wird dann die Höhe und die spezifische Vermögenszusammensetzung bestimmter sozioökonomischer Gruppen ermittelt, und in einem dritten Schritt wird schließlich durch die integrierte Betrachtung der beiden obigen Sachverhalte – Inflationsreagibilität der Vermögensarten und gruppenspezifische Vermögenszusammensetzung – darauf geschlossen, welche gesellschaftlichen Gruppen Vor- oder Nachteile durch inflationsbedingte Vermögenswertänderungen erzielen oder erleiden. Entscheidend für die Beschaffenheit der Untersuchungsergebnisse sind dabei die Definitionen der zentralen Begriffe: „Schleichende Inflation“, „Vermögen“, „Soziale Schichtung“ und deren Operationalisierung, auf die im ersten Teil des vorliegenden Bandes ausführlich eingegangen wird. Die inflations- und ertragsbedingten Wertänderungen des Vermögens werden im zweiten Teil der Arbeit anhand einer umfassenden und methodisch fundierten Analyse, auf die hier im einzelnen nicht näher eingegangen werden kann, vorgenommen. Im Rahmen dieser Untersuchung, bei der eine Reihe von Vermögensgegenständen berücksichtigt wird, zeigen sich positive Veränderungen des Realwertes im Zeitraum zwischen Januar 1970 und Dezember 1973 insbesondere bei Konsumentenkrediten, Haus- und Grundvermögen, festverzinslichen Wertpapieren, Bausparguthaben mit Prämien und Produktivvermögen. Negative Veränderungen des Realwertes treten im Falle der Vermögensarten „Aktien“, „Bargeld und Sichtguthaben“ und „Bausparguthaben ohne Prämie“ ein. Lebensversicherungsguthaben, Kredite in Verbindung mit Haus- und Grundvermögen und Spareinlagen weisen so gut wie keine realen Wertänderungen auf.

Als Grundlage für die Ermittlung der Höhe und Zusammensetzung des Vermögens der sozioökonomischen Gruppen zieht

*Wicke* zum einen die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1969, zum anderen aber Schätzungen über die Verteilung des Geld- und Grundvermögens der privaten Haushalte nach sozialen Gruppen heran. Diese Schätzungen sind notwendig, da bei der EVS Hochrechnungen bei zu niedrigen Besetzungszahlen in den einzelnen Vermögensklassen wegen zu hoher Fehlerwahrscheinlichkeit nicht vorgenommen werden konnten und schließlich nicht alle bei *Wicke* untersuchten Vermögensarten in der EVS erfragt wurden. Obwohl es sich, wie *Lutz Wicke* betont, um „sehr sorgfältige Schätzungen“ des Statistischen Bundesamtes handelt, so erscheinen doch die Ergebnisse problematisch im Hinblick auf die Differenzen zwischen den EVS-Hochrechnungsergebnissen und den entsprechenden Werten, die auf anderem Wege (z. B. durch die Bundesbank) ermittelt wurden. *Wicke*, der bestimmte Vorbehalte in dieser Richtung selbst geltend macht, weist in diesem Zusammenhang auf die unbefriedigende Datensituation hin, die durch das Fehlen einer Statistik der personellen Vermögensverteilung gekennzeichnet ist. Die bisher erschienenen Arbeiten zum vorliegenden Thema von *Willgerod, Köble, Ziercke* kommen zu der einmütigen Schlussfolgerung, daß mit abnehmender sozialer Stellung eine zunehmende Inflationsempfindlichkeit zu beobachten ist. Es ist dies das Bild vom „kleinen Sparer“ als dem hauptsächlich Inflationsgeschädigten. Die Untersuchung von *Lutz Wicke* zeichnet sich demgegenüber aufgrund der sorgfältigen Analyse über die Vermögenssituation der sozioökonomischen Gruppen, die sich die o. g. Autoren sparen, durch stärkere Differenzierung des Problems aus. So kommt er in seinen interessanten Ergebnissen zu dem Schluß, daß keine unterschiedlichen Inflationswirkungen im Hinblick auf die sozioökonomischen Schichten ausgehen; vielmehr geht die Haupttrennungslinie zwischen Inflationsgeschädigten und Inflationsbegünstigten mitten durch die einzelnen Schichten und orientiert sich vornehmlich am Kriterium „Haus- und Grundbesitz“. Dabei treten die 37% der Haushalte in Deutschland, die Haus- und Grundbesitz aufweisen, als Begünstigte, die übrigen 63% der Haushalte als Inflationsgeschädigte auf. Bis zu einem gewissen Grad bestätigt allerdings wiederum *Wicke* die Untersuchungen der obigen Autoren, wenn er feststellt, daß mit steigender Einkommenshöhe der Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz und somit auch der Anteil der inflationsbegünstigten Haushalte zunimmt.

Die Bedeutung solcher empirischen Untersuchungen, wie sie hier *Wicke* vorgelegt hat, kann vor allem nicht hoch genug eingeschätzt werden als notwendige Grundlage, auf der eine formalisierte Theorie der „Inflation und Vermögensverteilung“ aufbauen kann, das heißt empirisch-analytische Untersuchungen der hier vorgelegten Art können als Vorstufe zu einer modellhaft-theoretischen Formulierung des Problems zum Zwecke der Simulation und Prognose dienen.

Peter Linder